

Eckhoff fordert sichere Rahmenbedingungen

Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie favorisiert Bürgschaften für Windpark-Projekte

Kurzarbeit bei einigen Offshore-Windindustriehierstellern und Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die bei Investoren seit Monaten für Verunsicherung sorgen. Was sich ändern muss, damit die junge Offshore-Windindustrie wieder Auftrieb bekommt, darüber sprach Peter Hanuschke mit Jens Eckhoff, Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie, die 2005 auf Initiative des Bundesministeriums für Umwelt gegründet wurde.

Herr Eckhoff, macht es zurzeit Freude, Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie zu sein?

Jens Eckhoff: Es gab schon bessere Zeiten – aber auch schon schlechtere. Ein Grund, weshalb die Stiftung gegründet wurde, war, weil zum damaligen Zeitpunkt überhaupt nichts in Sachen Offshore-Windenergie passierte. Durch die Stiftung wurde das Offshore-Testfeld Alpha Ventus ermöglicht, und es kam Bewegung in die Offshore-Windindustrie.

Im Vergleich zur jetzigen Situation kann der Aufbruch ins Zeitalter Offshore-Windenergie trotz zeitlicher Verzögerungen fast schon als Erfolg bezeichnet werden. Inzwischen hakt es an mehreren Stellen. Was muss sich ändern?

Die Politik schafft es derzeit nicht, für sichere Rahmenbedingungen zu sorgen. Spätestens seit dem Altmaier/Rösler-Papier vor einem Jahr gibt es in der Branche eine große Verunsicherung, wie es eigentlich weitergeht. Vorher gab es auch schon Probleme, wie zum Beispiel die technische Netzanbindung der Parks. Diese wurden jedoch gelöst. Die politische Unsicherheit ist aber viel schlimmer, weil nationale und internationale Investoren Deutschland in der Vergangenheit bei den Rahmenbedingungen immer so wahrgenommen haben, dass Gesetze auch verbindlich sind. Mit dem Papier von Altmaier/Rösler wurde dieses Tabu gebrochen. Nach der Bundestagswahl hat sich die Große Koalition dann auf einen Kompromiss geeinigt, mit dem wichtigen Signal, das Stauchungsmodell um zwei Jahre zu verlängern.

Das war trotzdem nicht ausreichend?

Das wurde auch als großer Erfolg verkauft, aber keine acht Wochen später kommt Herr Gabriel in seiner neuen Funktion als der für Energie zuständige Minister und bestätigt zwar die Verlängerung des Stauchungsmodells, aber nur unter Abschmelzen der Vergütung. Das war für die Entwicklung der Branche natürlich ein weiterer Giftpfel.

Stehen die Investoren in Windparks denn Schlange, halten sich aber zurück, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen?

Es gibt eine ganze Reihe von Investoren, die Interesse haben. Wir befinden uns aber in einem internationalen Wettbewerb. Und das internationale Kapital – und das brauchen wir für so eine Mammutaufgabe wie die Energiewende – wird sich immer den Weg suchen, wo es die besten Rahmenbedingungen vorfindet. Und die gibt es derzeit nicht in Deutschland.

Oder sind die Renditeerwartungen der Investoren einfach zu hoch?

Das glaube ich nicht. Sicherlich gab es viele Finanzinvestoren, die Renditeerwartungen von 15 Prozent hatten. Das kann



Jens Eckhoff fordert die Politik auf, die für Offshore relevanten Punkte vorzuziehen und nicht damit zu warten, bis die gesamte EEG-Reform steht – das könne bis zum Sommer dauern. FOTO: KUHAUPT

man im Offshore-Bereich nicht verdienen, aber beispielsweise die Pensionsfonds sind mit stetigen Renditen von sieben bis neun Prozent zufrieden. Und wenn das durch einen gesetzlichen Rahmen abgesichert wird, ist das umso besser. Und darin liegt eigentlich die Stärke des EEG – da sollte man wieder hinkommen.

Was muss nun kurzfristig passieren, damit der Ausbau von Offshore-Windenergie wieder Fahrt aufnimmt?

Wir benötigen Klarheit, wie das Stauchungsmodell langfristig aussehen soll. Und ich halte eine Abschmelzung der Anfangsvergütung um einen Cent pro Jahr, also im Jahr 2018 auf 18 Cent und im Jahr 2019 auf 17 Cent pro Kilowattstunde für nicht akzeptabel. Außerdem darf die Ausbaugröße von 6,5 Gigawatt bis 2020 nicht, wie derzeit vorgesehen, ein Deckel werden, sondern muss als Zielgröße definiert

werden. Sonst wird es für die Investoren schwierig, abzuschätzen, ob man es zeitlich noch schafft, den Park auf Basis des Stauchungsmodells zu realisieren. Außerdem muss geklärt werden, wie es danach, also nach 2020, weitergeht. Offshore-Windparks haben in der Regel eine Vorlaufzeit von sieben bis acht Jahren. Wir reden also heute schon über Parks, die 2021/22 theoretisch ans Netz gehen wollen. Diese Projekte werden nur dann realisiert, wenn es auch für diesen Zeitraum sichere Rahmenbedingungen gibt.

Welcher Schritt muss zeitlich nun als erster erfolgen, um neue Projekte und damit neue Aufträge zu realisieren? Gerade vor dem Hintergrund, dass es mindestens ein Jahr dauert, eine Produktion von null auf hundert hochzuführen und aktuell bereits immer mehr Hersteller-Firmen Kurzarbeit anmelden.

Die Politik ist aufgerufen, die bereits erwähnten Forderungen bis zum 2. April umzusetzen, wenn die Bundesregierung plant, die Vorlage zum EEG im Kabinett zu beschließen. Man muss die Offshore-relevanten Punkte vorziehen und eintüten und nicht warten, bis die gesamte EEG-Reform steht, denn das kann bis zum Sommer dauern. Wenn Mitte Juli erst eine Grundsatzentscheidung fällt, dann werden die ersten Aufträge Ende des dritten Quartals erteilt werden, und es dauert noch mindestens neun Monate, bis die Produktion wieder hochgefahren ist. Und dann greift schon längst nicht mehr die Überbrückung durch Kurzarbeit.

Wie bewerten Sie die fehlende Nord-Süd-Kabeltrasse im Gesamtkontext?

Das ist ein generelles Problem. Die Trassen zum Stromtransport bräuchten wir genauso, wenn an der Küste Kohlekraftwerke gebaut werden – das muss man vom Offshore-Thema trennen. Ich bin dafür, dass wir für den Ausbau von Stromtrassen, den wir in Deutschland in den nächsten Jahren so oder so brauchen, ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz verabschieden – ähnlich wie wir es erfolgreich für den Bau von Straßen und Schienen nach der deutschen Einheit gemacht haben.

Wie vernünftig finden Sie es, unter den gegebenen Voraussetzungen am Vorhaben, den Offshore-Terminal Bremerhaven bauen zu wollen, festzuhalten?

Ich finde es richtig, dass im Moment nicht die finale Bauteilentscheidung für den OTB getroffen wird. Aufgrund der Veränderung der Umweltplanung dauert das ja auch noch mindestens ein Jahr. Ich halte es für richtig, am OTB festzuhalten, man sollte den Bau aber erst beauftragen, wenn feststeht, dass das EEG und damit die Bedingungen für Investoren auch vernünftig auf den Weg gebracht wurde.

Wie kann die Offshore-Industrie in der Region mit Bordmitteln der Bundesländer sinnvoll unterstützt werden?

Bremen, aber natürlich auch Niedersachsen sollten überlegen, die lokale Wirtschaft über Bürgschaften zu unterstützen. Im Moment sieht es so aus, dass bei fast allen Projekten Siemens zum Zuge kommt. Das liegt daran, weil Siemens beispielsweise für Windpark-Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro gleich die Finanzierung für die Anlagen über 400 Millionen Euro mitbringt – entweder über die hauseigene Bank oder aber kombiniert mit der dänischen Exportbank, weil die Anlagen ja in Dänemark gebaut werden. Das heißt, sie haben für ein Viertel ihres Projektes ein Triple-A-Rating. Solche Möglichkeiten hat ein regionaler Hersteller nicht. Insofern müsste man überlegen, ob man als Bundesland nicht die Bürgschaft für solche Projektfinanzierungen stellt. Dadurch erreicht man mehr Wertschöpfung in Deutschland und der OTB wird besser ausgelastet.

Zur Person: Jens Eckhoff, Jahrgang 1966, war von 2003 bis 2006 Senator für Bau, Umwelt und Verkehr in Bremen. Seit 2005 ist der CDU-Politiker Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie, die auf Initiative des Bundesministeriums für Umwelt gegründet wurde.

Bremen setzt sich für Kurzarbeit ein

Verlängerung von zwölf auf 24 Monate

VON MAREN BENEKE

Bremen-Berlin. Bremens Wirtschaftsminister Martin Günthner (SPD) setzt sich für eine Verlängerung der Kurzarbeit ein. Sie sollte erneut von zwölf auf 24 Monate ausgedehnt werden. Günthner stellte gestern eine entsprechende Initiative in einer Gesprächsrunde der Arbeitsminister der SPD-geführten Länder bei Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vor. „Wir haben bereits eine breite Unterstützung und arbeiten an einer Einigung“, sagte Günthner gestern Abend nach Abschluss des Treffens. Eine Möglichkeit sei, dass die Länder die Initiative in den Bundesrat einbrächten. Aber zunächst werde innerhalb der Ministerrunde weiter über mögliche Umsetzungswege diskutiert.

Seit der Wirtschaftskrise sei die Bedeutung des Kurzarbeitergelds als Instrument zur Beschäftigungsstabilisierung gestiegen, heißt es in dem Vorschlag, den Günthner in Berlin vorstellte. Kurzarbeit ermögliche den Unternehmen eine flexible Personalanpassung durch den schnellen Abbau von Kosten. Als Folge würde die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt und die Entlassung von Fachkräften verhindert werden. „Unserer Auffassung nach ist Kurzarbeit ein gutes Instrument, um über Dellen in einzelnen Branchen hinwegzuhelfen“, sagte Martin Günthner. Da das Thema Kurzarbeit derzeit aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland nur noch in einzelnen Branchen eine Rolle spielt, dürfte es nach Ansicht des Wirtschaftsministers auch keine großen Probleme bei der Finanzierung geben.

Offshore und Logistik profitieren

Konkret könnte eine Verlängerung der Kurzarbeit für das Land Bremen in der Offshore-Branche und im Fall des Jade-Weser-Ports auch in der Logistik-Branche für einige Entspannung sorgen. So hatte etwa der französische Windanlagen-Hersteller Areva erst Ende Januar angekündigt, massiv Stellen abzubauen zu wollen. Nun zeichnet sich jedoch ab, dass Kurzarbeit das geeignetere Instrument ist. Nach Angaben des Bremer Wirtschaftsministers habe man Areva vorgerechnet, dass Kurzarbeit für das Unternehmen letztendlich günstiger sei als ein Stellenabbau mit den dazugehörigen Sozialplänen.

Auch die IG Metall Küste hatte vor wenigen Wochen eine vereinfachte Regelung zur Kurzarbeit in der Offshore-Windindustrie über 24 Monate gefordert (wir berichteten). Damit sollte das derzeitige Investitionstief ausgleichen werden können, ohne massenhafte Entlassungen zu verursachen. „Wir brauchen dringend Planungssicherheit für Investoren. Derzeit konzentriert man sich nur auf die Kosten“, sagte Heino Bade, Bezirkssekretär der IG Metall Küste, damals. Das sei zu kurz gedacht.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

LEBENSMITTEL

Amazon plant Onlinedienst

Berlin. Der weltweit größte Versandhändler Amazon will einem Bericht der „Bild“-Zeitung zufolge auch bald in Deutschland frische Lebensmittel online verkaufen. Der Start sei für spätestens September 2014 geplant, berichtete das Blatt unter Berufung auf Insider. Amazon verhandelt bereits über Lagerflächen und Lkw-Flotten an mindestens vier Standorten in Deutschland, Österreich und Nachbarländern. Zudem werde gerade Personal für ein Experten-Team rekrutiert. In den USA bietet Amazon seit 2007 unter dem Namen „Amazon Fresh“ einen Lebensmittel-Lieferdienst an.

NACH BRÄNDEN

Porsche ruft Sportwagen zurück

Stuttgart. Nach Bränden in zwei Exemplaren des Porsche 911 GT3 ruft der Sportwagenbauer alle 785 ausgelieferten Fahrzeuge zurück. Porsche wolle alle Motoren des Modelljahres 2014 überprüfen, teilte die VW-Tochter gestern mit. Weil zwei Fahrzeuge in der Schweiz und in Italien ausgebrannt waren, hatte der Hersteller die Auslieferung des Wagens gestoppt. Nach der Ursache werde immer noch „mit Hochdruck“ geforscht, sagte ein Sprecher. Das Modell ist seit August 2013 in Deutschland auf dem Markt. Hierzulande kostet der Sportwagen mindestens 137.000 Euro.

FRANKFURTER FLUGHAFEN

Sicherheitsmitarbeiter streiken

Frankfurt/M. Reisende am Frankfurter Flughafen müssen sich heute auf Verzögerungen einstellen. Die Gewerkschaft Verdi hat Beschäftigte der privaten Luftsicherheit zu einem Warnstreik aufgerufen. Der Ausstand soll um 2 Uhr nachts beginnen und um 23 Uhr enden, wie die Gewerkschaft gestern mitteilte. Beide Terminals seien betroffen. In den Bereichen Personalkontrolle, Frachtkontrolle, Flughafensicherheit und Services sind demnach rund 5000 Mitarbeiter beschäftigt.

Kompetenzgerangel um Gastronomie-Löhne

VON MAREN BENEKE

Bremen. Nach den jüngsten Berichten zum Stundenlohn der Gastronomie-Aushilfen in der Bremer ÖVB-Arena sieht die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) neben der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) auch den Bierhersteller AB Inbev in der Pflicht. „Der AB-Inbev-Konzern muss dafür sorgen, dass bei seinen Vertragsnehmern ordentliche Bedingungen herrschen“, sagte der Bremer NGG-Geschäftsführer Dieter Nickel gestern.

Wie nun bekannt wurde, haben Thekenkräfte in der stadteigenen ÖVB-Arena noch bis Ende 2013 für einen Stundenlohn von sieben Euro inklusive einer Pauschale für Krankheits- und Urlaubsfälle gearbeitet. Dennoch hat die Politik kaum eine Handhabe, den Landesmindestlohn von 8,50 Euro umzusetzen. Denn im Zuge des Stadthallen-Umbaus hatte die WFB die Gastronomierechte an AB Inbev abgetreten. Der Konzern wiederum hatte 2006 einen Pachtvertrag mit einem Catering-Unternehmen abgeschlossen, das sich seither um die Bewirtung kümmert.

Logischerweise gebe es daher auch keinen Vertragsbaustein, der das Thema Gehälter regelt, begründete AB-Inbev-Sprecher Oliver Bartelt. Dieses sei allein im Bereich des Pächters angesiedelt und könne nicht zum Thema der Brauereien gemacht werden. „Hier muss die Politik einen Rahmen setzen, an den sich alle halten müssen“, sagte der Sprecher. Es kann am Ende nicht Aufgabe eines Unternehmens sein, Löhne und Gehälter von Partnerunternehmen beziehungsweise Dienstleistern zu regulieren.“

Deutsche Bank beendet Streit mit Kirch-Erben

Kritik von Aktionärsschützern am Millionen-Vergleich / Ex-Vorstandschef räumt Fehler ein

VON JÖRN BENDER
UND SEBASTIAN RAABE

Frankfurt-München. Man hat es kaum noch für möglich gehalten: Die Deutsche Bank schafft sich die Altlast Kirch vom Hals. Fast auf den Tag genau zwölf Jahre nach dem fatalen Interview ihres damaligen Vorstandschefs Rolf Breuer schließt Deutschlands größtes Geldhaus mit den Erben von Leo Kirch einen Vergleich.

Der Medienzar selbst erlebte den von ihm so erhofften Triumph nicht mehr mit. Kirch starb im Sommer 2011. Wenige Wochen zuvor hatte der Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht (OLG) München noch einmal Fahrt aufgenommen. Von Beginn an lief es dabei schlecht für die Deutsche Bank. Gestern wurde offiziell, was am Mittwoch bereits durchgesickert war. Nach

mehreren Anläufen einigten sich beide Seiten außergerichtlich. Die Bank zahlt 775 Millionen Euro plus Zinsen, insgesamt etwas mehr als 900 Millionen Euro.

Das hätte die Bank noch ein wenig günstiger haben können. Doch als der damalige Konzernchef Josef Ackermann Anfang 2012 kurz vor seinem Abtritt versuchte, den Fall Kirch mit einer Vergleichszahlung von gut 800 Millionen Euro zu beenden, gab es Kritik. Schließlich hatte die Bank immer betont, dass sie und ihren ehemaligen Chef Breuer keine Mitschuld am Niedergang des Kirch-Medienimperiums treffe.

Aktionärsschützern stößt auch der jetzt geschlossene Vergleich sauer auf. Spätestens bei der Hauptversammlung 2014 werde man dem Management kritische Fragen stellen müssen, sagt Klaus Nieding von der Deutschen Schutzvereinigung für Wert-

papierbesitz (DSW): „Was hat sich denn gegenüber der rechtlichen Beurteilung jetzt gravierend verändert?“ Schließlich sei die Bank in den bisherigen Verfahren „immer mit sehr dicken Backen aufgetreten“.

Das alles nehmen die Strategen in den Frankfurter Zwillingstürmen in Kauf, weil sich allmählich die Erkenntnis durchsetzte, dass es vor Gericht alles andere als gut lief. „Die rechtliche Situation hat sich für die Bank deutlich verschlechtert“, erklärt ein Insider.

Das OLG München hatte die Bank kurz vor Weihnachten 2012 zu Schadenersatz verurteilt, einzig die Höhe war noch zu klären. Gefordert hatte das Kirch-Lager gut zwei Milliarden Euro. Die 116-Seiten starke Begründung des OLG-Urteils um den Vorsitzenden Richter Guido Kotschy liest sich über weite Strecken wie eine Abrechnung mit der Deutsche-Bank-Führung: Bewusste Falschaussagen, abgesprochene Unwahrheiten, „versuchte Nötigung“. Breuer, der seit Juni 2012 amtierende Co-Chef Jürgen Fitschen, Vorgänger Ackermann und ein weiterer ehemaliger Vorstand sollen sich abgesprochen haben, „um ... nämlich mögliche Schadenersatzansprüche abzuwenden“.

In einer neuen Auflage des Prozesses wäre es womöglich noch dicker für das Geldinstitut gekommen. Medien berichteten, bei Ermittlungen seien Dokumente gefunden worden, die die Lage der Bank nicht eben verbessert hätten. Das wäre noch ein Grund mehr gewesen, rasch zu handeln. Breuer nennt das Interview im Nachhinein selbst einen Fehler – ein teurer Fehler: Fast 27 Millionen Euro pro Wort.

Die derzeitigen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen (links) und Anshu Jain, bestätigten gestern die Einigung mit den Kirch-Erben.

FOTO: DPA

